

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postsekretariat Berlin 5386.

Inhalt: Ein neues Jahr — ein neuer Stern. — Herrliche Zeiten. Helfst dem Verbraucher! — Die „Miskoprämie“ des Schleichhandels. — Wichtig für die Arbeiterinnen der Rappspinnereien. — Was ist Sozialismus? — Planmäßige Wirtschaft, das Gebot der Stunde. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — In der Winternacht (Gedicht). — Literatur. — Bekanntmachungen.

Ein neues Jahr — ein neuer Stern.

In unserem Abschied von dem verflohenen Jahre in letzter Nummer des soeben beendeten Jahrgangs erwarteten wir zugleich voller Hoffnung das anziehende, uns begrüßende neue Jahr. Wir dachten es uns dabei als einen Stern, der am Firmamente der Zeiten neu erscheint, der Menschheit die rechten Wege weisend für ihr Tun und Handeln. Das war freilich nur bildlich gedacht. Nicht das neue Jahr — der neue Stern — selbst sollte uns die rechten Wege zeigen für unser Tun und Handeln, sondern uns nur befähigen, selber solche Wege zu finden.

Das ist in der Zeit des politischen Umsturzes, dessen Werkzeuge und Zeugen zugleich wir sind, nicht leicht. Denn der Umsturz hat die öffentlichen Verhältnisse so verwirrt, bei vielen Menschen auch die Gedanken, daß sie heute für Recht halten, was sie vormals als Unrecht ansahen, und für Unrecht, was bisher ihrer Ansicht nach Recht war. Wo früher der Wille der Mehrheit gelten sollte, soll nun der der Minderheit herrschen, und wo früher die Minderheit sich unterordnete, will sie sich nun — der Mehrheit — überordnen. Daraus ergeben sich eine Reihe wirtschaftlicher Unsicherheiten, die ihrerseits wieder zu solchen Absonderlichkeiten führen müssen, die statt belebend, lähmend wirken und statt Fortschritt Rückschritt oder doch wenigstens Stillstand erzeugen können. Und das, obwohl allseitig anerkannt wird, daß uns gegenwärtig mehr als je lebendiges Bewegen und rüstiges, Fortschritt verheißendes Handeln notwendig ist. Gehandelt wird zwar entschieden als je, ob dieses Handeln aber die gewünschten Fortschritte vorbereitet, ob wir damit die innerlich gerrüttelte todtränke Wirtschaft wieder zur Gesundheit und Wiederfestigung bringen, das ist eine andere Frage.

Die Ansprüche, welche in manchen Arbeiterschichten jetzt, unter den Nachwirkungen der Revolution, an den Arbeitslohn gestellt werden, mögen in Anbetracht der allgemeinen Teuerung berechtigt sein. Und richtig ist ja auch vor der Revolution immer behauptet worden, die Teuerung habe erst die Lohnansprüche erhöht, nicht umgekehrt, die hohen Löhne die Teuerung hervorgerufen. Seit der Revolution ist die Teuerung wohl noch fühlbarer geworden als sie vorher schon war, doch darüber hinaus sind die Lohnansprüche oft so gestiegen, als ob uns die Revolution ein Füllhorn geschenkt hätte, aus dem alle billigen und unbilligen Lohnansprüche nach Wunsch gestillt werden könnten. Das ist natürlich nicht der Fall. Und so sehr jeder Arbeiter seines Lohnes auch wert ist, und sei er noch so hoch, so unbestreitbar bleibt doch die volkswirtschaftliche Tatsache, daß der Lohn im Arbeitserzeugnis wieder in Erscheinung tritt — in Form des Warenpreises. Je höher aber der Warenpreis ist, um so schwerer wird sich die Ware auf dem Marke absetzen lassen. Und je mehr ein so erschwerter Absatz zu befürchten ist, um so zaghafter wird das unternehmende Kapital wieder an den Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens herangehen.

Was uns gerade am meisten nützt, unterbleibt und die Folgen davon werden bald zu spüren sein, auch für die Arbeiterschichten, die glauben, die Revolution habe für alle Arbeiter einen Freibrief erlassen, so phantastische Lohnforderungen wie nur zu erfinden wären, zu stellen.

Es gibt freilich Arbeitsgebiete, die für den Absatz ihrer Erzeugnisse nicht mit dem allgemeinen Marke zu rechnen brauchen, ja solche, die überhaupt keine produktive Arbeit leisten. Hier kann das Unternehmertum unbedenklich jeden Lohn bewilligen. Wir denken hierbei an Betriebe, die für den Staat tätig sind, der ja, wenn er eine Ware braucht, jeden Preis bewilligen muß. Auch an gewisse Transportbetriebe, die sich jede Mehrausgabe von dem zahlen lassen, der ihrer bedarf.

Die Industrien jedoch, die für den Absatz ihrer Erzeugnisse auf den öffentlichen Markt angewiesen sind, müssen sich schon mehr den allgemein geltenden Marktpreisen anpassen, wenn sie mit einem mehr oder weniger ständigen Absatz ihrer Erzeugnisse rechnen. Ihre Arbeiter müssen daher von vornherein mit weniger Lohn vorlieb nehmen, doch die höheren Löhne anderer Erwerbszweige bei ihren Ausgaben für den Haushalt mitbezahlen. Sie sind den Arbeitern in diesen Erwerbszweigen gegenüber also doppelt im Nachteil. Zu solchen benachteiligten Arbeitern gehören nach wie vor der Revolution die Textilarbeiter und -arbeiterinnen.

Wir hegen einmal die Hoffnung, die Kriegswirtschaft werde mit den Kammerlöhnen, wie sie zu einem großen Teil in der Textilindustrie vor dem Kriege bestanden, ein für alle Male aufräumen. Die Löhne sind im allgemeinen auch etwas gestiegen. Doch eigentliche Kriegslöhne im gewohnten Sinne

des Wortes hat es in der Textilindustrie in nur sehr vereinzelten Fällen gegeben, und wir Textilarbeiter blieben allgemein hinter anderen Kriegsindustrien mit unseren Löhnen weit zurück. Dadurch, daß andere jetzt ihre Löhne aber noch weiter steigern, wird der Abstand zwischen ihnen und uns aber noch größer. Und wir haben nicht so wirksame Mittel an der Hand, ihn zu verengern, wie sie, ihn zu erweitern. Unsere Industrie ist auf den Massenabsatz bei der Bevölkerung angewiesen, und diese wird sich zur Massenabnahme nur entschließen, wenn unsere Erzeugnisse sich mit ihren Preisen in mäßigen Grenzen halten. Und wenn der Massenabsatz im Inlande ausbleibt, so wird er erst recht unmöglich werden im Auslande. Doch wir werden, soll unsere Industrie erhalten bleiben, soll sie ihre frühere volkswirtschaftliche Bedeutung zurückzuerlangen, weder auf einen Massenabsatz im Inlande noch auf einen ansehnlichen Absatz im Auslande verzichten können, schon weil wir neben anderen Industrieerzeugnissen auch solche der Textilindustrie für den Austausch anderer Waren aus dem Auslande an dieses abgeben müssen.

Sollen aber, um dies zu ermöglichen, die Textilarbeiter immer wieder für Spottlöhne arbeiten?

Sie haben schon heute wieder verhältnismäßig so geringe Löhne — trotz ansehnlicher Lohnerrungenschaften in letzter Zeit —, daß in der Metallindustrie Arbeiterinnen oft das Doppelte, ja Vierfache an Lohn dessen haben, was die Textilarbeiterin hat.

Soll aber die Textilarbeiterin ihre Leistungsfähigkeit sich bewahren — es wäre sogar noch eine Steigerung derselben wünschenswert —, so darf sie mit ihrem Lohn nicht hinter dem der gewöhnlichen Fabrikarbeiterin zurückbleiben.

Selbst wenn also die Textilarbeiterschaft auf die Interessen der Volkswirtschaft, im weiteren Sinne der Weltwirtschaft, mehr Rücksicht nehmen wollte, als es andere tun, so dürfte sie es nicht — eben auch wieder im Interesse der Volkswirtschaft.

Blieben also nur die Unternehmer der Textilindustrie übrig. Sie werden für ihren Teil das selbe erklären: sie könnten nicht.

Gut. Dann würde also die Textilindustrie für ihre Wiederbelebung Staatsunterstützung bekommen müssen, die die gesamten Steuerzahler aufzubringen hätten, oder die Textilindustrie muß daniederliegen bleiben. In beiden Fällen hätte die gesamte Bevölkerung den Schaden. Ihn von ihr abzuwenden, liegt im Staatsinteresse.

Wird der Staat sich, wenn er in seiner neuen Gestalt erst fester geworden sein wird, mit diesem Problem befassen? Und wie wird er es zu lösen suchen, wenn er sich mit ihm befaßt?

Wir erwarten in dem Sinne, daß Instanzen eingerichtet werden, die nicht nur Mindestlöhne, sondern auch Höchstlöhne festzusetzen haben — für alle Gewerbegebiete mit Rücksicht auf den volkswirtschaftlichen Wert der einzelnen Gewerbegebiete, aber auch der Lebensbedürfnisse der Arbeiter.

Auch dem Unternehmergewinn müssen aber gewisse Höchstgrenzen vorgeschrieben werden. Im sozialen Staat kommt es weniger auf das Wohl gewisser Arbeiter- oder Unternehmer-schichten an, als auf das Gedeihen des ganzen Volkes, der Wirtschaft des ganzen Volkes, der Volkswirtschaft.

Wir wünschen also, daß die Textilarbeiter und andere in ähnlichen gedrückten Verhältnissen lebende Arbeiter in dem neuen Staatswesen sozial so gehoben werden, daß sie sich anderen Arbeiterschichten gegenüber nicht mehr benachteiligt fühlen, oder daß, gleichviel wie, dafür gesorgt werde, daß andere Arbeiterschichten mit nicht mehr gewerblischem und volkswirtschaftlichem Verdienst daran gehindert werden, über die Textilarbeiter ein unverdientes soziales Übergewicht zu erlangen.

Man wird uns vielleicht antworten, wir sollten unsere Gewerkschaft in jeder Richtung so stärken, daß wir eben auch nur zu fordern brauchen, um unsere soziale Hebung zu bewirken; wir haben schon darauf hingewiesen, daß der Erfolg von Lohnforderungen nicht allein von der wirtschaftlichen Macht der Fordernden abhängt, sondern auch noch von anderen dieser Macht entgegenwirkenden wirtschaftlichen Mächten, die zu bewältigen die in der Gewerkschaft verkörperte Macht, und sei sie noch so groß, allein nicht imstande ist.

Man wird uns vielleicht auch empfehlen, die sofortige Vergesellschaftung der Textilindustrie zu fordern; sei sie vollzogen, könnten die Textilarbeiter ja ihre Löhne selbständig festsetzen. Wir antworten darauf: Auch eine vergesellschaftete Textilindustrie begegnet den erwähnten wirtschaftlichen Widerständen. Diese wären wohl zu überwinden, wenn die Textilindustrie nur für den Inlandsmarkt zu arbeiten brauchte und dieser frei wäre von der Konkurrenz der Textilindustrie des Auslandes. Diese Konkurrenz wird man aber nicht abhalten können, weil man des Auslandes auch hinsichtlich der Rohstoffe und anderer wichtiger Bedarfsartikel benötigt; sperren wir unsere Grenzen für seine Fertigfabrikate, wird es uns auch nichts anderes liefern. Und zudem müßte doch auch eine vergesellschaftete Textilindustrie

aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen exportfähig bleiben. Das wird sie aber nur so lange sein, wie sie wettbewerbsfähig ist. Und wettbewerbsfähig wird sie nur bleiben, wenn die Preise ihrer Erzeugnisse die der des Auslandes nicht übersteigen. Das werden sie aber nur dann nicht tun, wenn die Herstellungskosten sich in gewissen Grenzen halten.

Es muß also nach anderen Mitteln gesucht werden, die Textilarbeiterschaft aus ihrer bisherigen sozialen Rückständigkeit zu befreien.

Wächte uns das neue Jahr — als neuer Leitstern — dafür die rechten Wege weisen, die ja auch andere sein könnten, als wir oben andeuteten. Die Hauptsache wäre nur die Erreichung des von uns gezeigten Ziels, die wir nicht nur im Interesse der Textilarbeiterschaft für notwendig halten, sondern auch zum Wohle und Gedeihen des ganzen Volkes und des neuen Staatswesens.

Unsere Forderung mag manchem zu weit gehen, anderen wieder zu bescheiden erscheinen. Wir würden die Erreichung des von uns bezeichneten Zieles als eine große soziale Errungenschaft ansehen und das neue Jahr lobpreisen und segnen, wenn es den von uns so lange vermischten sozialen Ausgleich brächte. Auf weitergehendere wirtschaftlich-soziale Umgestaltungen, denen wir bekanntlich keineswegs abhold sind, würden wir dann einstweilen gern verzichten.

In der Hoffnung, unseren Wunsch noch im neuen Jahre erfüllt zu sehen, rufen wir ihm freudig zu:

Willkommen 1919!

Herrliche Zeiten.

Herrlichen Zeiten wollte uns der nun gestürzte Kaiser entgegenführen, wie er bei seinem Regierungsantritt vielversprechend verkündete. Gütte er gehaut, wie herrlich die Zeiten werden würden nach seinem Sturze, den er sich damals sicherlich nicht träumen ließ, er hätte uns von seiner Regierung wohl weniger Herrlichkeit verheißen.

Er hat damals bald, Anregungen der Sozialdemokratie folgend, die er meistens zu können sich anheißig machte, das soziale Königtum verheißen und Anstalten getroffen, es zu verwirklichen.

Nach dem internationalen Arbeiterkongress in Paris (1889) setzte in Deutschland die Sozialreform ein, die die Sozialdemokratie ihrer politischen Macht entkleiden und das soziale Königtum begründen sollte.

Weder das eine noch das andere gelang: die Arbeiter nahmen die Gaben der Sozialreform an, ohne auf den Sozialismus zu verzichten, und das soziale Königtum fand nicht die gewünschte Anerkennung. Die Arbeiter waren nicht zufrieden mit Unterstützungsleistungen aus dem Mehrwert ihrer Arbeit, sondern verlangten den gesamten Ertrag ihrer Arbeit nach wie vor und verfolgten ihre auf den Sozialismus gerichteten Bestrebungen nur um so zäher.

Der Erfolg hat lange auf sich warten lassen. Er zeigte sich noch nicht einmal in von den Arbeitern erhofftem Maße, als sie mehr als hundert Vertreter des Sozialismus im Reichstage hatten. Die Sozialreform machte nur ganz geringe Fortschritte im Vergleich zu dem verfolgten Endziele, und das Endziel schien erst erreichbar zu werden, wenn die Sozialdemokratie den Reichstag völlig beherrschen würde. Große Hoffnungen setzte man dafür auf die Neuwahlen nach dem Kriege, der sich inzwischen entspann.

Diese Wahlen werden nun nicht mehr stattfinden: der Krieg ist aufgelöst, auch der Reichstag, denn es ist ein völliger politischer Umsturz herbeigeführt worden, so gründlich und tiefgehend, daß man allgemein auch eine durchgreifende soziale Umgestaltung der Dinge für nahe bevorstehend hält. Die politische Freiheit, die uns nun im vollen Maße zu Gebote steht, muß auch die wirtschaftliche Freiheit nach sich ziehen, einen Zustand, unter dem es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr gibt, wo nicht mehr ein Kapitalist darüber mit zu bestimmen hat, zu welchen Bedingungen der Arbeiter seine Arbeitskraft zu verkaufen hat, sondern der Arbeiter allein, wo die einzige Schranke gegen Arbeiterforderungen in der Grenze der Ergiebigkeit der Arbeit gesehen werden kann.

So dachte man es sich. Und es waren gewiß kühne Gedanken. Denn wenn man sich auch in sozialistischen Kreisen stets darin einig war, daß der Sozialismus einmal zum Heile nicht nur der arbeitenden, sondern der ganzen Bevölkerung den Kapitalismus ablösen müsse, so war man sich doch keineswegs über die Mittel einig, die dafür in Anwendung gebracht werden müßten.

Die Revolution vom 9. November 1918 hat die Arbeiter-schaft darüber so erleuchtet, daß es für sie — wenigstens soweit sie von dieser Erleuchtung betroffen wurde — nun auch nicht mehr die geringste Schwierigkeit zu überwinden gibt.

Was die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische betrifft, so vollzieht sie sich völlig ohne Hebung. Eine Vertrauensperson der Belegschaft des Betriebes, den man für die „Sozialisierung“ ausersehen hat, erklärt dem Besitzer, daß der Betrieb nun den Arbeitern ge-

Höre und er (der Besitzer) ihn schleunigst zu verlassen habe. Und der Betrieb ist dann „sozialisiert“. Sein bisheriger Besitzer ist von der Geizhalsigkeit des Enteignungsaktes so überzeugt, daß er kaum ernstlich zu widersprechen wagt, noch weniger aber zu widerhandeln.

Daß das Sozialisieren so leicht wäre — wer hätte das jemals gedacht! Weder ein Arbeiter, noch ein Unternehmer. Gätten es die Unternehmer gedacht, sie wären niemals Unternehmer geworden, denn sie waren ja niemals ihres Besitzes sicher. Gätten es aber die Arbeiter gedacht, sie hätten wohl schon längst „sozialisiert“. Denn zu solchen Geldstücken wären sie auch wohl vor der Revolution schon fähig gewesen. Doch wie so etwas gemacht werden muß, das hat ihnen ja erst die Revolution gezeigt. Deshalb machen sie es erst seit ihr.

Doch wo es so gemacht wird, wie soeben beschrieben, da sind es doch immer nur Einzelfälle; viel allgemeiner sind die Fälle, wo man es sich noch leichter macht. Man braucht ja auch den Betrieb gar nicht zu enteignen, um in den Besitz des vollen Arbeitsvertrages zu kommen: man fordert einfach soviel Lohn, daß dem Unternehmer kein Profit bleibt. Und ist man damit noch nicht zufrieden, so fordert man soviel, daß der Unternehmer noch zusehen muß. Dieses Verfahren ist dem anderen sicher noch vorzuziehen — wegen seiner noch größeren Einfachheit und Rentabilität. Und es hat obendrein noch den Schein des größeren Maßes von Gerechtigkeit für sich: es wird niemand wider seinen Willen und ohne Ablösung enteignet.

Leider haben aber beide Verfahren auf die Dauer wirtschaftliche Folgen, die für die ganze Bevölkerung Unheil bringen müssen, woran sich erkennen läßt, daß mit solchen Methoden so schnell wie möglich gebrochen werden mußte, wenn die Errungenschaften der Revolution dauernde bleiben sollen.

Zunächst ist zu beachten, daß die Unternehmer sich solchem Zwange nur mit Widerstreben fügen, wenn auch mit williger Miene. Wo die Enteignung vor sich gegangen ist — weil ungesetzlich, aber wieder rückgängig gemacht wurde —, wird sie seine Unternehmungslust schwächen, was an sich schon ein volkswirtschaftlicher Nachteil wäre, unter dem die ganze Bevölkerung leiden müßte. Wo aber „nur“ Phantasielöhne gefordert werden, mag zwar die Unternehmungslust zunächst angepornt werden, doch muß sie später um so mehr erlahmen, je mehr der Unternehmer sieht, daß er sich mit seinem Unternehmen doch nur so lange halten kann, wie die Konkurrenz es zuläßt.

Ist die Konkurrenz nur eine inländische — und vorläufig wird es nur eine solche sein —, so kann er sich ja leicht mit ihr verständigen, gefüllt sich ihr aber auch die ausländische zu — und das wird bald nach Friedensschluß eintreten —, so wird er ihr bald erliegen müssen, wenn die Arbeiter ihre Ansprüche nicht herabsetzen. Im ersteren Fall bleiben alle Waren so teuer, daß es bald an für die Prosperität genügendem Absatz fehlen wird, im zweiten wird sich der Absatz erst gar nicht in die Wege leiten lassen. In beiden Fällen wird das ganze Volk unter den Wirkungen einer so gefesselten Wirtschaft leiden. Denn die Arbeiter mit so hohen Löhnen, wie sie jetzt — nicht in der Textilindustrie — gefordert werden, geben sie bei weitem nicht voll wieder aus für Gebrauchsartikel, befruchten also nicht andere Arbeitszweige, deren Erzeugnisse sie kaufen könnten. Dadurch kommen aber auch diese Zweige zu keinem umfangreichen Absatz. Der Verdienst in ihnen kann dann auch kein solcher sein, daß sie die durch so hohe Löhne verteuerten Erzeugnisse des erstgedachten Erwerbszweiges in großem Umfange kaufen könnten. Sie werden zunächst nichts kaufen, später aber nur die billigeren Auslandserzeugnisse. Unsere Volkswirtschaft wird also herniedergehen, die des Auslandes hinauf. Was unsere Kriegsgegner zu Beginn des Krieges als ihr wirtschaftliches Kriegsziel bezeichneten, werden sie dadurch erreichen — mit unserer Hilfe und unter Umständen, wo wir mehr als einen Grund haben, unsere Volkswirtschaft zu heben. Denn die Zeit kann für die Arbeiter auch selbst dann nicht herrlich bleiben, wenn sie ihre Ansprüche an den Lohn ermäßigen; steht uns doch nicht eine goldene, sondern eine eiserne Zeit bevor, in der wir — infolge des verlorenen Krieges — werden Lasten tragen müssen, wie nie zuvor und aus der Arbeit Gewinne ziehen und an das Ausland werden abführen müssen, daß uns der verbleibende Arbeitsgewinn sehr verringert wird. Er wird um so geringer sein, wie wir durch falsche wirtschaftliche Maßnahmen die Produktion schwächen, er wird um so höher sein, je mehr wir sie durch richtige wirtschaftliche Maßnahmen heben.

Eine solche richtige Maßnahme wäre die Erhöhung der Löhne zunächst in den Arbeitszweigen, wo sie verhältnismäßig am niedrigsten sind — natürlich auch da nur soweit, wie die Konkurrenz es zuließe. Wie weit das möglich wäre, hätten, wie schon vor der Revolution, die Gewerkschaften durch ihre volkswirtschaftlichen Fachleute nach Anhörung der beteiligten Unternehmer zu entscheiden. Würde so verfahren werden, so würde der zwar erhöhte, aber doch immer noch mäßige Verdienst der mit der Erhöhung bedachten Arbeiter wahrscheinlich voll ausgegeben, Gebrauchsartikel aller Art mehr gekauft und der Absatz so erhöht, damit aber auch die Produktion allgemein mehr befördert werden. Jetzt geschieht aber das Umgekehrte.

Von noch schlimmerer Wirkung — wenigstens für die Gegenwart — ist das zur Gewohnheit gewordene wilde Streifen zwecks Durchsetzung der geforderten Löhne. In der Berliner Räteversammlung vom 27. November sprach der Volksbeauftragte Emil Barth über die Lage, in die das Land durch diese Haltung der Arbeiter gebracht wird, kluge Worte, die wir an Stelle eigener Ausführungen hier wiedergeben wollen. Er erklärte u. a.:

„Wenn man in den Kreisen der Arbeitnehmer so weiter arbeiten wolle, wie dies augenblicklich geschehe, so müßte die Regierung bald am Ende ihres Könnens sein. Der Kampf, den breite Massen jetzt zu führen gedächten, richtete sich dann nicht mehr gegen das Unternehmertum und gegen den Kapitalismus als solchen, sondern vielmehr gegen die sozialistische Republik. . . Man könne geradezu sagen, daß die Genossen, die die schwarzen Diamanten zutage fördern, dem ganzen deutschen Volke durch ihre nicht zu vertretenden Forderungen in den Rücken fallen. Man habe durch das Eingreifen der Regierung den Kohlenarbeitern den von ihnen verlangten Tagelohn von 25 Mk. sowie den Achtstundentag bewilligt, und trotzdem verfehlen sich diese Menschen nicht dazu, im Interesse der Menschheit sich dem Ganzen einzufügen. Die Gasanstalten stehen bereits jetzt fast still. Wenn keine Milderung in der Kohlenförderung eintritt, so wird Deutschland in 14 Tagen weder Gas noch Elektrizität besitzen. Es wird also ein Stillstand der gesamten Produktion eintreten. Am Rhein stehen Millionen Menschen, denen es an Unterkunft

und Nahrung fehlt. . . Im Osten kann eine halbe Million Menschen die Heimat nicht erreichen. . . Die Armee Mackensen ist von allem abgeschnitten. . . Es hieße diesen Männern, die jahrelang geblutet und gekämpft haben, in den Rücken fallen, wenn man durch Verweigerung der Arbeit ihnen die Gelegenheit zur Rückkehr nach Deutschland nimmt. Man bedenke ferner: durch Stilllegen der Produktion raube man sechs Millionen Menschen, die unter den Waffen gestanden haben, nach ihrer Entlassung jede Lebensmöglichkeit. . . Wir haben zwar verstanden, die Revolution zu machen, aber — das muß ich gestehen — wir haben nicht verstanden, Arbeiterheere zu organisieren zur Durchführung der notwendigen Arbeiten in der Ernährung.“

Diese wichtigen Anklagen Barths, der als der radikalste unter den „radikalen“ Freunden Liebknechts von den Unabhängigen in die Regierung entsandt wurde, sprechen für sich selbst.

Was zu erreichen ist, werden die Gewerkschaften sicher erreichen. Auch hinsichtlich der Vergesellschaftung, wo sie durchzuführen ist.

Ueber den ganz berechtigten Bestrebungen auf möglichster Erhöhung der Arbeitslöhne und Vergesellschaftung der Produktion darf aber keineswegs die Heilung der Wunden vergessen werden, die unserer Gütererzeugung doch nun einmal geschlagen sind, und da müssen alle Kräfte angespannt werden, damit wir wieder gewinnen können, was wir in den vergangenen Jahren verloren haben.

Erst wenn das geschehen sein wird, werden die Zeiten wieder besser werden, werden vielleicht herrliche Zeiten anbrechen — für alle, nicht wie jetzt nur für einzelne Arbeiterschichten, die in

Der Urgrund aller sozialen und politischen Ausbeutung und Unterdrückung liegt darin, daß die Arbeitsmittel, d. h. Grund und Boden, Gruben, Bergwerke, Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und Verkehrsmittel aller Art, Privateigentum sind und so die Lohnarbeit, das Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern, welche die Besitzer der Arbeitsmittel sind, notwendig zur Voraussetzung haben. Also müssen, soll die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende nehmen, alle diese Arbeitsmittel aus privatem in gesellschaftliches, das ist in gemeinsames Eigentum verwandelt werden. Die bestehende, im Privatinteresse erfolgende Warenerzeugung muß in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Erzeugung zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse umgewandelt werden, womit der Grundsatz einer für alle und alle für einen erst seine Verwirklichung erlangt. **Bebel.**

selbstsüchtiger Weise die Revolution als Lohnkonjunktur für sich so rücksichtslos ausnutzen, daß die anderen darunter dermaßen leiden, daß sie von der Revolution nur Erschwernisse ihrer Lebenshaltung wahrnehmen können.

So haben sie sich den Anfang der wirtschaftlichen Befreiung nicht gedacht.

Doch sie können beruhigt sein: das Ende muß besser für sie werden, denn die wirtschaftlichen Zusammenhänge lassen, wie wir gezeigt haben, den jetzigen Zustand nicht zur Bereinigung kommen: die wirtschaftliche Reaktion kann nicht ausbleiben. Und diesem Rückschlag, wird eine Zeit ernster und zielbewußter Arbeit folgen. Durch sie werden wir wirklich herrlichen Zeiten entgegengehen. Noch sind sie nicht da, man fühlt nur erst ihr Nahen.

Noch weilt sie uns nicht eines Blickes,
Die wärmende Sonne des Glückes;
Durch Arbeit, mit Last und Beschwerden,
Die herrliche Zeit erst soll werden.

Helft dem Verbraucher!

Mehr Verbrauchersozialismus fordert die Korrespondenz „Verbrauchswirtschaft im Kriege“. Es versteht sich von selbst, daß sie sich der jetzt allgemeinen Mahnung vor Ueberstürzung der Sozialisierung anschließt und auch die Arbeiter warnt, ihre Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu überspannen, um die so nötige volkswirtschaftliche Gesundung unserer Verhältnisse nicht zu verhindern. In der Hauptsache redet sie aber der Sozialisierung des Verbrauchers, nicht der Erzeugung das Wort, indem sie sich gegen die Gefahr immer weiteren Druckes des Geldwertes wendet. Sie sagt, die Prophezeiungen, daß mit dem Herannahen des Friedens zurückgehaltene und gestampte Waren auf dem Markte zu geringeren Preisen erscheinen würden, seien unerfüllt geblieben, weil es zunächst noch an einer Importkonkurrenz, an genügenden Transportmitteln und dergleichen fehle.

„Die wichtigste und verhängnisvollste Rolle aber spielen die Vermehrung der Zahlungsmittel und die Lohnentwicklung. Für die weitere und aufs Vielfache aufgebeßerte Entlohnung der Seeresmitglieder, ihre Verpflegung, ihren Transport, ihre Ausstattung bei der Entlassung sind noch Riesensummen nötig. Dazu müssen Reich, Staat und Gemeinde unabsehbare, vielleicht später einmal produktive, Notstandsarbeiten in Angriff nehmen und die Privatfirmen mit Aufträgen versehen, um der großen Arbeitslosigkeit der Seeresmitgliden und der durch sie Verdrängten oder durch Einstellung von Kriegsindustriebetrieben erwerbslos Gewordenen zu steuern, um die trotzdem Arbeitslosen zu erhalten. Womit ist das alles zu bezahlen? Erworben, im Sinne einer Vermehrung des Nationalvermögens, wird zurzeit nichts. Also ist die Aufbringung der täglich über die Reichs- usw. Einnahmen hinaus stärker anschwellenden Finanzanfordernisse nur möglich durch fleißiges Arbeiten der Notenpresse. Die Menge der Zahlungsmittel nimmt (auch weil Banknoten und Reichsschaffenscheine von törichten Menschen eingehortet werden) reichend zu, die Warenmenge ständig ab. Dazu laufen die Zahlungsmittel immer schneller im Kreise herum. So entfallen auf jede Wareneinheit immer größere „Geld“summen, die Preise müssen mit mathematischer Notwendigkeit weiter steigen, bis entweder ein größeres Warenangebot oder eine zwangsweise Stabilisierung des Finanzwesens erfolgt.“

Die Aussichten für das Eintreten der beiden Rettungsmöglichkeiten sind gleich dunkel und so sagen wir denn in den letzten Wochen unsere Baluta wieder sprunghaft sich verschlechtert, ohne daß weitere Volksfreis der Ernst der Stunde zum Bewußtsein käme. Waren aus dem Auslande sind vorläufig nicht zu erwarten, wenigstens nicht zu Gefundungspreisen. Waren im Inlande aber können nicht, wie es nötig wäre, in starkem Umfange erzeugt werden, weil bisher die meisten ausländischen Rohstoffe fehlen, noch monatelang fehlen und noch jahrelang in unzureichender Menge vorhanden sein werden, die inländischen Rohstoffe aber erst erzeugt, herangeschafft, verarbeitet werden müssen. . .

Viele Unternehmer seien auch in ihrer Unternehmungslust eingeschüchtert, weil sie nicht wüßten, was kommen werde und für wen sie arbeiteten. (Anspielung auf die Gefahr der Enteignung ohne Entschädigung. D. R.) „Mit Recht zwingt man jeden Unternehmer zur Wiedereinstellung seiner Vorkriegsarbeitskräfte. Die Notwendigkeit ihrer Erhaltung wird ihn zu geschäftlicher Expansion antreiben! Eigentlich sollte jeder überhaupt immer in letzter Linie für die Volksgesamtheit arbeiten. Aber nach dem von den Kriegsregierungen aufgepeitschten Profitraummel ist diese ethische Einstellung gerabezu ausgerottet. Die Kriegsgewinner sind zu Dofern am wenigsten geneigt und die besseren Unternehmer, die nicht Riesengewinne erzielten, werden jetzt bestraft, da sie ihr mühsam erhaltenes, dabei entwertetes Vermögen aufsetzen sollen, indem sie nun ihre Betriebe mit Verlust arbeiten lassen müssen. . .“

Dagegen helfe auch nicht Sozialisierung der Betriebe, gegen die ein wirklicher Verbraucher nichts einwenden werde, wenn man dafür dazu reife Volkswirtschaftszweige, wie Bergwerke, Kraftfahrzeugwerke, Versicherungsweisen, im Auge habe; er wüßte sie zum Wohle des Volksganzen und sie werde kommen. „Aber wo sind im Augenblicke alle die eingearbeiteten wissenschaftlichen, technischen, kaufmännischen usw. Kräfte, wo ist jetzt so fort die genaue Befanntschaft mit dem Betriebsaufbau und -verfahren, wo, wie nötig, nach sofortiger Uebernahme sogleich eine fabelhaft erhöhte Produktivität und Rentabilität zu erzielen? In einem Moment, in dem Rohstoffe und Absatz fehlen? So geht es nicht! Man kann nur die Werksleitungen unter Aufsicht nehmen, die Betriebe studieren und sie allmählich, so bald wie möglich, mit Zustimmung der Nationalversammlung, sobald alle Arbeit wieder geregelt verläuft, zu solchen Preisen übernehmen, daß die Staatsfinanznot wirklich beseitigt wird. Sobald die Verhältnisse geregelt sind, d. h. alle Soldaten aus den Großstädten in ihre Heimat zurückgeführt sind, jeder sich wieder arbeitend irgendwie einrangiert hat. Zurzeit läuft alles durcheinander und jeder stellt „Forderungen“. Es droht dem sozialistischen Staat die Begehrlichkeit aller Schichten. Noch fehlt die wahrhaft „sozialistische“ Gesinnung, der Gemeingeist! Wo ist jetzt der Ort zum Klassenkampfe? Ist er überhaupt noch nötig in einem Staat, in dem die sozialistischen Parteien die Regierung führen und nach ihren Grundsätzen von selber dafür sorgen werden, daß keiner weiter ausgebeutet wird? Vernichtet nicht der „Sozialismus“ sich selber, wenn er allenthalben auf kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn drängt?“

Und dann kommt die „B. i. Kr.“ zu dem Kern: Die Verbraucher müßten von der Arbeiterschaft, ihrer Kerntruppe, verlangen, daß sie nicht unerfüllbare Forderungen stelle, um ihrer selber und um unseres Vokes willen. Jetzt sei die beste Gelegenheit da, der Welt zu zeigen, daß sozialistische Wirtschaft vorzuziehen ist, geregelte Wirtschaft ist. Alle Arbeits- und Arbeiterausbeutung und Unterbezahlung müsse unterbleiben, auch weil nur gutbezahlte Arbeiter durch starken Verbrauch die Erzeugung antegen könnten, doch auch die Löhne müßten in erträglichem Verhältnis zum Warenpreise bleiben, um so mehr, da eine Wirtschaft mit höchster Arbeitslosigkeit und höchsten Löhnen sowieso bald zusammenbrechen müßte. „Die Unternehmer erwinne besteuere man scharf, die Monopolbetriebe verstaatliche man, die Arbeit schütze und bezahle man nach ihrem vollen Werte, aber nicht höher. Sonst wird die Produktion immer schwächer, die Arbeitslosigkeit immer größer, der Geldwert immer geringer, unsere Volksgenossen müssen verkommen oder auswandern (wohin?). Dann hätte ein mißverständener und mißbrauchter, absolut un- und antimarkistischer „Sozialismus“ sich selbst aus dem Sattel gehoben, und dem ökonomischen Rückschlag würde der politische folgen. . .“

Der Grundgedanke der Darlegungen ist also, den Verbraucher gegen überspannte Forderungen der Erzeuger in Schutz zu nehmen, d. h. der Erzeuger soll auch daran denken, daß er auch Verbraucher ist, und daß neben ihm noch andere Verbraucher leben, die ihren Verbrauch immer mehr einschränken müssen, wenn die Erzeugung der Gebrauchsgegenstände immer teurer wird; unter dem eingeschränkten Verbrauch hätten dann selbst auch die Erzeuger zu leiden.

Mit dieser Belehrung der Arbeiterschaft können wir Textilarbeiter uns einverstanden erklären, denn wir kommen, wie schon früher, bei Preiserhöhungen mehr als Verbraucher denn als Erzeuger in Betracht; unser Lohn steigt nur unmerklich, die Preise für Bedarfsartikel, deren auch wir bedürfen, aber so, daß wir auf die meisten von ihnen verzichten müssen. Uns wäre wirklich mehr geholfen, wenn wir alle Bedarfsartikel um 10 Proz. billiger kaufen könnten, als wenn wir eine Lohn-erhöhung um 50 Proz. erzielten. Da auf uns als Verbraucher aber niemand Rücksicht nimmt, müssen wir als Erzeuger auch immer wieder Forderungen stellen, wenn wir wirtschaftlich nicht ganz unterdrückt werden wollen. Unsere Forderungen sind aber immer so mäßige gewesen, daß ihre Erfüllung unsere Industrie so wenig wie die Verbraucher unserer Erzeugnisse in wirtschaftliche Gefahren brachte und bringt. An uns hat der Verfasser des Artikels auch wohl nicht gedacht. Wir bringen uns bei Wiedergabe seines Artikels auch nur in Erinnerung, weil wir unter den obwaltenden Umständen nur als Leidende Verbraucher in Frage kommen.

Die „Risikoprämie“ des Schleichhandels.

Wenn eine Ware an der Grenze zweier Länder einem hohen Zoll unterworfen ist, so daß ihr Preis in dem einen Lande, da sie dort ganz fehlt, also nur durch Import erhältlich ist, mindestens um den Zoll höher steht, so wird der Schmuggel sich dieser Ware annehmen. Sein Verdienst kann aber, falls die Ware im Einfuhrlande nicht staatsmonopolistisch betrieben wird und in dem anderen Lande in beliebiger Menge zur Verfügung steht, nie den vollen Betrag des Zolles übersteigen, obgleich je nach der Schärfe der Grenzbewachung die Freiheits- und Lebensgefahr, das Risiko der Schmuggler ver-

schieden ist. Eine Verschärfung der angedrohten Strafe macht schon gar nichts aus. Auf die Praxis kommt es an: Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn. Aber auch wenn die Gefahr angeschossen zu werden infolge dichter Grenzbesetzung größer geworden ist, kann der Schmuggler nicht höheren Lohn als die Zoll-differenz der Preise erwarten. Er kann das Schmuggeln beim Steigen der Gefahr unterlassen. Aber die Sorge um des Lebens Notdurst wird den „Berufs“-Schmuggler, dem andere „Arbeit“ nicht „liegt“, trotz allem wahrscheinlich wieder zum Päschergehe treiben. Von einer erhöhten Verdienstaussicht, von einer „Risiko-prämie“ bei erhöhter Gefahr ist gar keine Rede: Das Risiko hat der Schmuggler allein zu tragen! Auch die Brabi im alten Venedig erhielten einen festen Satz für den Meuchelmord. — Wer hat andererseits den Textilarbeitern höhere Löhne gezahlt, weil sie der Schwindlungsgefahr stärker als in andern Gewerben ausgesetzt waren?

Machen wir, mit Vorsicht, die Nutzanwendung auf den Schleichhandel. Hätte man vom ersten Kriegstage an konsequent und rücksichtslos die Wirtschaft geregelt und jede nachweisbare Gefährdung sofort unachtsichtig bestraft, so wäre der Schleichhandel schmerzlich zu Jähren, sicherlich zu keiner so unterminierenden Ausbreitung gekommen. Aber man hat am Schwärzer blinzeln vorbeigesehen, ihm sogar ins Zöllnerhaus selbst den Nebeneingang gestattet. Und dann jammerte man über die „Naturerscheinung“ und sprach davon, daß mit jeder Strafverschärfung nur die Preise des Schleichhandels in die Höhe getrieben würden, da die „Risiko-prämie“ steige. Wir halten das für falsch, zum mindesten für nur ganz ausnahmsweise im Einzelfall, zutreffend. Der Schleichhandel zerfällt in den privaten und den „beruflichen“. Der berufliche Schieber und Schleichhändler stellt seine Preise so hoch, wie es ihm die „Umstände“ gestatten. Da nun mit längerer Kriegsdauer die Existenzangst der Bevölkerung ständig stieg, so stieg der Schleichhändler auf eine für die Bewilligung von Preissteigerungen immer geeigneteren psychologischen Basis. Dazu wurde auch er immer frecher in seinem geschäftlichen „Ums“. Er benötigte immer weniger der „patriotischen“ Maske für seine Erpressungen aus dem Nationalvermögen. Daß er gern die Anwendung von dem „materiellen Ausgleich“ für die Erhöhung des Risikos“ benutzte, spricht für einen Rest von Schamgefühl. Denn in Wahrheit: Wo ist das Risiko? Wer wird denn erlappt, wenn er nicht ganz unintelligent verfährt? Die Fehler im „Betriebe“ sind dann meist mehr schuld als die Enghalsigkeit des Behördennekes. Nein, das „Risiko“ erhöht diese Enghalsigkeit des Behördennekes nicht, der steigende Warenmangel und Warenhunger, die Gewöhnung an hohe Preisniveau auf Seiten der Verbraucher, die Möglichkeit, da für Kleider, Wäsche und andere solide Anschaffungen bei der Unaufreißbarkeit dieser Dinge wenig voraussaßt werden kann, bei zum Teil steigendem Verdienst für Lebensmittel höhere Summen anzulegen, insoweit also die „Inflation“ (die Geldentwertung infolge Ueberflutung des von Ware entblößten Landes mit Zahlungsmitteln), dazu die wachsende Er der Kriegsgewinnler, die wirken preissteigernd. Das „Risiko“ ist ganz nebensächlich. Der „Schmuggler“ kann hier seinen Verdienst beliebig erhöhen, weil die Voraussetzung des festen Schwärzerlohnes, das Ueberangebot an zollpflichtiger Ware jenseits der Grenze, hier: außerhalb der „erfaßten“ Ware nicht statt hat. Der Schleichhändler würde mit seinem „Risiko“ ausgelacht, wenn er bei vollen Ställen und Scheunen auffielgen wollte, „weil die Polizei so streng ist!“

Der andere Schleichhandel ist privat. Da verfiert der Kleinstädter oder Landmann seine großstädtischen Verwandten und Bekannten in der Hauptsache aus Freundschaft. Langsam läßt auch er oder der letzte Produzent, der ihm liefert, die Preise steigen, aber das geschieht ganz verschieden, je nach der Gegend! Im Industriegebiet des Westens oder um Groß-Berlin, wo dem Landmann das Haus eingelaufen wird, steigt schnell seine Erwerbsgrüer mit der Nachfrage. Um alle Ostsee-bäder und Gebirgskurorte herum verdrängen die Kurgäste die Preise, die Menschen und schließlich ihre eigene Existenzgrundlage durch hamsterische Ueberbietung. Kein Gedanke daran, daß in diesen „Geschäftsbeziehungen“ der „Produzent“ überhaupt Notiz von neuen Strafbestimmungen nähme, viel weniger proportionale Risiko-prämien einstellte. Dann müßten in allen Gegenden Deutschlands die Preise in solchen Fällen automatisch gleichmäßig steigen. Das tun sie nicht, weil das Transportwesen als „Ausgleichsmittel“ ja jetzt versagt. — Nein, im Gegenteil, dort, wo wie in der Nähe der Großstadt das Risiko am kleinsten ist, dort ist die sogenannte Risiko-prämie am größten. „Schleichhandels“-preis ist in der Mehrzahl der Fälle eine falsche Benennung, es muß, da die Dinge sich ganz „privatrechtlich“ abspielen, heißen: „Abgabepreis“. Wie die Entwicklung der Umstände, der Mode, der Stimmung, des Notdurftzwanges allein ausschlaggebend ist, das sieht man an den eingerissenen Gepflogenheiten: Die Käufer mußten sich die Bohnen selber pflücken, sie mußten den Produzenten Dienste aller Art leisten oder Waren liefern. Man denke an das Butter-Äquivalent für die „Gefälligkeit“ des Schulfrauleins oder an die Erkaufung ländlichen Wohlwollens durch Lieferung von Reichmitteln im Winter oder gar einer Beschäftigung! Im Falle solchen Warenaustausches, bei dem beide Seiten nach Notwendigem gieren, ist von einem „Risiko-prämien“-aufschlag nichts zu merken, obgleich doch nur eine Seite Verbotenes liefert, also die Gefahr der Bestrafung läuft. Nicht das Risiko, sondern die wirtschaftliche Macht, die Gabbiger, die Gewöhnung, der Mangel, bisweilen günstig das Mitgefühl, bestimmen die Preisgröße. Der Begriff „Risiko-prämie“ ist nur manchen Interesentaktiver eine angenehme, volkswirtschaftlich verbrämte Bemäntelung ihrer eigennützigen Bestrebungen. Wenn der Schleichhandel „freigegeben“, legitimiert wird, wie es der Antrag Risikoide verlangt, so wird der Ansturm der Händler und Verbraucher auf die Urproduktion, damit die Verführung für diese nur noch größer, jeder dringt in seiner freien Zeit in das nächste Bauernhaus und bietet: „Es ist ja jetzt erlaubt, wir wagen gar nichts mehr, beschlagnahmte kann uns nicht werden, und die andern tun es auch!“ Dieses Verbraucherwettrennen trieb die Preise auf Montblanc-Höhe (man denke an die Zustände im „freien“ Weinhandel, in dem nun die Weinhändler selber nach Höchstpreisen schreien!), und diesem Andrang würde dann auch schwerlich mehr der für die Sicherung eines Nahrungsminimums der ganzen Bevölkerung für das ganze Jahr zu erfassende Teil der Produktion vorenthalten werden. Und damit stürzte unser ganzes Ernährungssystem zusammen! Die Ueberbietungen durch die Kriegsindustriebetriebe haben schon verhängnisvoll gewirkt. Eine Legitimierung des Schleichhandels bedeutet das Ende,

weil sie nicht die Risiko-prämie des Schleichhandels, denn die gibt es gar nicht, beseitigt, sondern das Risiko- und Moralgefühl der Verbraucher, das im nichtkriegsgewinnlerischen Gros der Bevölkerung immer noch recht lebhaft ist, ausschaltet. Herr v. Oldenburg-Januschau würde dann die Erfüllung seiner Sehnsucht, „daß die Not und der Unwille zuerst durchbreche in der städtischen Bevölkerung“, erleben. Aber in einem anderen Sinne als er es erhofft, nämlich gegen die Lebensmittelverteurer. Der Kriegsausschuß für Konsumumenteninteressen glaubte aber, daß dem Vaterland dieses Experiment erpart werden müsse und bekämpfte deswegen nach wie vor die Einführung des „freien Handels“.

Wichtig für die Arbeiterinnen der Flachspinnereien.

Die unhygienischen Zustände in diesen Betrieben, unter denen unsere Arbeiterinnen so unangenehm zu leiden hatten, sind schon seit Jahren Gegenstand von Forderungen der Organisation gewesen, die die Beseitigung dieser Zustände verlangte. Neben wasserabweisenden Fußböden, die zum Teil schon in den Betrieben eingeführt sind, gingen die Forderungen dahin, den Arbeiterinnen Schutzkleidung gegen die sie völlig durchdringende Feuchtigkeit der Luft in den Feinspinnälen durch die Betriebsleitungen zu liefern. Unser Kollege Hermann Jädel wurde dieserhalb bei der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsamtes vorstellig und verlangte die Lieferung von Gummi-Schutzkleidung. Die Kriegsrohstoffabteilung nahm Gelegenheit, durch einen ihrer Beauftragten die Verhältnisse prüfen zu lassen. Die von der Organisationsleitung durch Kollegen Jädel geforderte Gummi-Schutzkleidung mußte abgelehnt werden, weil Gummi zur Verarbeitung nicht zur Verfügung stand. Daß die Kriegsrohstoffabteilung die Lieferung von Schutzkleidung aber für erforderlich hält, wird durch ein Schreiben dieser Abteilung an den Kollegen Jädel bestätigt. Die Rohstoffabteilung teilt jetzt mit, „daß den in den Flachspinnereibteilungen beschäftigten Personen als Schutzkleidung besondere Schürzen aus Leinwand, welche vorher in verschiedenen Betrieben ausprobiert worden sind, inzwischen zur Verfügung gestellt worden sind“.

Es wird nun Sache unserer Kolleginnen in diesen Betrieben sein müssen, überall, wo diese Schutzkleidung noch nicht eingeführt wurde, auf ihre Einführung zu dringen. Ferner die gelieferten Schürzen darauf zu prüfen, ob sie auch wirklich dicht genug sind, um die Durchfeuchtung des Körpers zu verhindern. Erfüllen sie diesen Zweck nicht, dann ist nachdrücklich darauf zu dringen, daß sie zweckentsprechend imprägniert werden. Die Ortsverwaltungen werden die Kolleginnen in diesem Streben unterstützen.

Was ist Sozialismus?

Planmäßig zur höchsten Produktivität gesteigerte gesellschaftliche Arbeit. Auch Genosse Scheidemann hat kürzlich im „Vorwärts“ diese glückliche Formulierung ausgesprochen und sie damit sozialdemokratischen Kreisen in Erinnerung gerufen, die in der Praxis das Wesen des Sozialismus entweder nicht begriffen hatten oder vergessen zu haben schienen. Eine Forderung der zutreffenden Erklärung des Sozialismus, die in dieser Stunde besonders eindringlich betont werden muß, ist die Pflicht zur Produktivität. Denn die schönsten Formulierungen bleiben unfruchtbar, wenn sie nicht Leitsätze für die Tat bilden, wenn nach ihnen nicht gehandelt wird. Die Zeit der Worte liegt hinter uns. Wenn jetzt unsere Lehren und Ueberzeugungen nicht gelebt werden, wenn zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution die Pflicht zur Produktivität nicht als erstes Gesetz gewertet wird, dann müssen wir darauf gefaßt sein, daß wir uns der Sozialisierung nicht nähern, sondern in ein antisozialistisches Fahrwasser verschlagen werden, und zwar auf dem Wege der Desorganisation der Arbeit. Zwischendinge gibt es hier nicht, und ein Gebenlassen auf wirtschaftlichem Gebiete verträgt die Arbeit nicht, am wenigsten unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Ein geschwächter Wirtschaftskörper darf nicht Belastungsproben ausgesetzt werden, die auch ein stärkerer wirtschaftlicher Organismus nicht ohne schweren Schaden ertragen könnte.

Verunglückte politische Maßnahmen sind in ihrer Tragweite lange nicht so unübersehbar wie verfehlte wirtschaftliche Maßnahmen. Fehler der Politik können, so schmerzlich sie in ihrer Wirkung sein mögen, immer wieder einmal gutgemacht werden. Aber ist einmal das Wirtschaftsleben heruntergebracht, dann müssen Generationen dafür büßen, was Unberstand oder Unfähigkeit im Handumdrehen angerichtet haben. In hochindustrialisierten Ländern, und zu ihnen ist Deutschland in erster Reihe zu zählen, führen wirtschaftliche Zerrungen und Störungen zu krankhaften Zuständen, die schnell unheilbar werden. Wo überwiegend agrarische Wirtschaft besteht, wie in Rußland zum Beispiel, ist die Desorganisation viel langsamer tödlich und schließlich später leichter zu überwinden, weil die Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit durch den Bauern wesentlich einfacher zu ermöglichen sind als in einem Lande, in dem die wirtschaftliche Organisation ein fein verstelltes Netz empfindlicher, komplizierter Apparate darstellt.

Eine der schlimmsten Gefahren liegt in Neigungen, unsere Entscheidungen in wirtschaftlichen Fragen durch Bedürfnisse, und oft nur vermeintliche Bedürfnisse der Tagespolitik, zu bestimmen. Marx und Engels haben selbstverständlich stets nur die Politik wirtschaftlich orientiert und nicht umgekehrt dem antisozialistischen und daher schlechten Brauch gehuldigt, die Wirtschaft jeweils der politischen Agitation anzupassen. Ließe es sich die Sozialdemokratie einfallen, jetzt aus politischer Gelegenheitsmacherei den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, entgegen sozialpolitischer Einsicht, nicht Raum zu geben und unter wirtschaftlichen Tun politischen Stimmungen anzupassen, dann würde eine Verflüchtigung an unserer Zukunft begangen, die sich je länger je mehr bitter rächen müßte. Nur was darauf hinzielt, die Produktivität der Arbeit zu heben, ist sozialistisch jetzt erlaubt, das Gegenteil muß uns in ein Wirral bringen, aus dem es kein Ausweg gibt. Jede Hemmung, geschweige denn jede Unterbindung der Produktivität der Arbeit verschließt uns den Sozialismus, um das Tor zum Chaos zu öffnen.

Berordnungen und Proklamationen über die Sozialisierung haben allein noch keine schaffende Kraft, wenn nicht zugleich die wirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen

für die Sozialisierung gesichert und gepflegt werden. Auch die geistigen Voraussetzungen für die Sozialisierung wurzeln in der Pflicht zur Arbeit. Verletzungen dieser Pflicht sind Anschläge gegen den Sozialismus, und zwar mit Waffen, wie sie kein Gegner des Sozialismus schärfer und wirksamer je besaß und besitzen wird. Sicherungen anderer Art für die Sozialisierung als die Durchsetzung des Weges zur Sicherung gesteigerter Produktion vermag der Arbeiterschaft niemand zu geben. Und diese Sicherungen liegen in der Hand der Arbeiterschaft selbst, ganz besonders, nachdem die Armee als Machtmittel des kapitalistischen Staates zerbrochen ist und in den Händen der arbeitenden Schichten ruht, denen nie die Mehrheit im Reiche strittig gemacht werden kann, wenn sie sie nicht selbst aufgeben.

Planmäßige Wirtschaft, das Gebot der Stunde.

Die Demobilisierung bringt uns ein übergroßes Heer Beschäftigungsloser. Alle Zwangsmahnahmen, ihnen zu helfen, werden Fehlmahnahmen sein müssen, wenn sie nicht baldigst Arbeit erhalten. Es ist natürlich volkswirtschaftlicher Selbstmord, Hunderttausenden von Arbeitslosen geschaffene Werte zu opfern, statt sie in die Lage zu versetzen, schleunigst wieder neue Werte zu schaffen, zumal der Vorrat, aus dem wir schöpfen können, sehr klein geworden ist. Auf die Wiederverlebung des Arbeitsmarktes wird also alles ankommen. Unsere Volksgenossen müssen, wie der Lübecker Soldatenrat es kürzlich in einem bemerkenswerten Aufrufe kräftig zum Ausdruck brachte, von der Straße in die Werkstätten, Fabriken und Kontore verschwinden und neue Mittel schaffen, statt die der Allgemeinheit aufzuzehren, ohne daß Ersatz ersteht. Die Regsamkeit der Hände, die vor dem Kriege Deutschlands Reichtum schuf, ist einzig fähig, es heute vor weiterer Verarmung und Verelendung zu schützen. Nur sie vermag uns Landwerte zu schaffen, die uns durch Ausfuhr zur Einfuhr verhelfen. Erst wenn die Schornsteine wieder rauchen, die Dampfer wieder in die neu erschlossenen Absatzgebiete für die Erzeugnisse unseres Fleißes hinausgehen, können wir damit rechnen, am Segen der weiten Welt bescheidenen Anteil nehmen zu dürfen.

Wir müssen aus all diesen Gründen mit allem Nachdruck darauf hindrängen, daß wir planmäßig unsere Volkswirtschaft so schnell wie irgend möglich wieder in Gang setzen, daß wir wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt erscheinen können, daß wir wieder zu Kredit und unser Geld zu Wert gelangt. Wir müssen uns hüten vor plan- und maßlosen Experimenten, die eine kranke und erholungsbedürftige Volkswirtschaft nicht vertragen kann.

Also planmäßige Wirtschaft tut not. Diese Planmäßigkeit hat mit dem Kleinsten zu beginnen. Auch hier heißt es, von unten auf, damit die Grundlage tragfähig ist. Jede einzelne wirtschaftliche Handlung ist darauf zu prüfen, ob sie in den Gesamtplan paßt. Für die Mitglieder der Gewerkschaften erheben sich dabei vor allem die zwei Fragen, die Verantwortung heischen: Planmäßiger Verkauf der Arbeitskraft und gleichermaßen geregelter Einkauf der Verbrauchsgüter. Niemand kann sich jetzt den Luxus gestatten, gewissermaßen neben der Volkswirtschaft herzulaufen. Jeder gehört, bei Strafe schlimmer Schädigung des Ganzen, in den planmäßigen Rahmen unserer Wirtschaft, woraus sich das absolute Muß ergibt: Jeder Arbeiter gehört in seine Gewerkschaft. Nur dort regelt er planmäßig den Verkauf seiner Arbeitskraft. Er gehört aber auch gleichermaßen zwingend in seine Konsumgenossenschaft, weil nur sie ihm planmäßig geregelten Verbrauch sichert.

Aus der Textilindustrie.

Der Bedarf an Textilwaren zeigte sich am silbernen Sonntag in Berlin. In allen Textilwarengeschäften war das Geschäft äußerst lebhaft, und namentlich solche Artikel, die jetzt bezugs-scheinfrei geworden sind, waren Gegenstand der Nachfrage. Strümpfe, die erst kürzlich freigegeben wurden, sind außerordentlich viel verlangt worden. Die Käufer, die über große Lagerbestände darin verfügten, haben schnell ihre Läger verringern können. Auch in fertigen Bekleidungsgegenständen, sowohl in Damen- wie Herrenkleidern, war der Umsatz ziemlich bedeutend, was natürlich darauf zurückzuführen ist, daß die Bezugsscheinstellen in sehr liberaler Weise die Bezugsscheine ausstellten. Seidene und Stoffblusen, ebenso Damenmäntel und Kostüme wurden in recht großen Mengen verkauft. In manchen Geschäftshäusern war der Andrang derart groß, daß man Mühe hatte, die Käufer zu bedienen. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß die Rückkehr unserer Truppen wie überhaupt das nahe bevorstehende Ende des Kriegszustandes belebend auf den Bedarf wirkt, und daß wir, danach zu urteilen, auch weiterhin mit einer Steigerung der Umsätze rechnen dürfen.

Abbau der Preise für Textilwaren. Im Nürnberger Stadtmagistrat hat Herr Magistratsrat Versen folgenden Antrag gestellt: „In der Ueberzeugung, daß der möglichst rasche Abbau der Preise für notwendige Lebensbedürfnisse zurzeit eine der höchsten Staatsnotwendigkeiten ist, richtet der Magistrat von Nürnberg an das Ministerium des Neubern in München das dringende Ersuchen, bei der bevorstehenden Herausgabe der riesigen Textilstoffmengen der Heeresverwaltung an den öffentlichen Verkehr seinen Einfluß in Berlin dahin geltend zu machen, daß dabei nicht, wie angekündigt wird, die ungeheuer großen Einstandspreise der Heeresverwaltung, die um 400 bis 500 Prozent über den Friedenspreisen liegen, in Anwendung kommen, sondern daß sofort mit einem Abbau der Preise begonnen wird, welcher unter Wahrung berechtigter Interessen den allgemeinen Preisstand der Textilwaren abzusinken geeignet ist.“

In der Begründung erinnert der Redner u. a. an die Minderung der Löhne und der allgemeinen Kaufkraft und erklärt, daß die Herabsetzung der Preise auf Kosten des Reiches in der gegenwärtigen Zeit, wo mit dem Staatseigentum ungläublich gemwirtschaftet werde, zwar seine Bedenken habe, daß aber andererseits Reich und Staat in dem Wegfall der Notwendigkeit, neue Steuerzuschläge zu gewähren, einen Ausgleich finden könnten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Sonderzuteilung von Nähfäden. Infolge der Demobilisierung hat sich das dringende Bedürfnis herausgestellt, die aus dem Felde heimkehrenden Nährbeiter, die bei der letzten Verteilung nicht berücksichtigt werden konnten, mit dem nötigen Nähgarn zu versorgen. Durch freiverdende Heeresaufträge ist es der Reichsbefehlshabungsstelle möglich, Mengen an Nähgarn in

Form einer Sonderzuweisung, also außerhalb der regelmäßigen Verteilung, zur Verfügung zu stellen. Außer zu dem vorgenannten Zwecke soll das zu verteilende Nähgarn auch zur Befriedigung sonstigen dringlichen Bedarfs verwendet werden.

Textilfertigwaren und Alttextilien aus Speeresbeständen wie Nähgarne, Web-, Wirk-, Filz-, Strick- und Seilerwaren sowie die daraus hergestellten Gegenstände, die jetzt beim Speere frei werden, sind zwecks Durchführung einer gerechten und gleichmäßigen Verteilung an die gesamte bürgerliche Bevölkerung von den militärischen Stellen der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft bzw. der Lumpenwertungszentrale bei der Kriegshadern-Aktiengesellschaft in Berlin zuzuführen.

Aufhebung der Strickgarnbeschlagnahme. Die Beschlagnahme für alle Strickgarne, die am 31. Dezember 1915 in offenen Ladengeschäften vorhanden waren, ist nunmehr vollständig aufgehoben worden.

Gleichzeitig ist auch die Beschlagnahme für Kunstwollgarne vom 1. Oktober 1918 aufgehoben worden.

Eingeschränkte Tätigkeit der Kriegswirtschafts-A.G. Die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, Geschäftsabteilung der Reichsbefleidungsstelle, beruft eine außerordentliche Generalversammlung, auf deren Tagesordnung u. a. die Wenderung des Gegenstandes des Unternehmens steht.

Die Bestandsaufnahme von Sonnenvorhängen. Die Bestandsaufnahme von Sonnenvorhängen u. dgl. gemäß der Bekanntmachung der Reichsbefleidungsstelle vom 26. Juli 1918 wird nicht weiter durchgeführt.

Betriebsergebnisse. In Nr. 50 des soeben geschlossenen Jahrgangs ist unter dem Stichwort „Betriebsergebnisse“ ein Bericht über die letzte Generalversammlung der „Deutschen Spinnfabrik“, A.-G. in Leipzig-Lindenau, enthalten.

Erweiterter Anbau von Flachs und Hanf. Der Anbau von Faserstoffen in Deutschland hat sich unter den Wirkungen des Krieges erheblich gesteigert, nachdem er seit den siebziger Jahren infolge des Wettbewerbes der ausländischen Erzeugnisse bedeutend zurückgegangen war.

Ausdehnung der Flachsimporte. Gegenwärtig ist eine Gesellschaft in der Bildung begriffen, deren Aufgabe eine bessere Erfassung der Flachsüberschüsse im Auslande und Zuführung dieser Überschüsse an die deutsche Textilindustrie ist.

Zuteilungen aus England? In der in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung der Süddeutschen Zuteilungs-Ges., welche die Dividende wie im Vorjahre auf 4 Proz. festsetzte, wurde auf eine Anfrage über die Aussichten mitgeteilt, etwas Flachs und Hanf bekomme man wohl von der Regierung zuachillig; in erster Linie würden jedoch die Flachs- und Hanfspinnereien beliefert, was im Interesse der Wiederherstellung

von Bekleidungsstoffen für die Bevölkerung geschehe; was man erhalte, müsse zu dem Spezialartikel Textilien verwendet werden. Ein Ersatzmittel werde aus einer Mischung von Fasern mit Zuteilfällen hergestellt werden.

Soziale Rundschau.

Höhere Bewertung der Verletzungen der linken Hand bei Maurern.

Nach Prüfung des Sachverhalts hat das Reichsversicherungsamt die angefochtene Entscheidung nicht aufrechtzuerhalten vermocht. Der Kläger hat infolge des Unfalls vom 29. März 1915 die Endglieder des 2., 3. und 4. Fingers der linken Hand eingebüßt.

Uebertritt in fremde Betriebe.

Der Sohn der Klägerin, der Knecht August B., ist am Nachmittag des 16. August 1915 tödlich verunglückt, nachdem er auf Veranlassung des im Dienste des königlichen Wasserbauamts stehenden Regierungsbaurats St. aus Plön und des Landmanns G. aus Gr.-Barmitz einen Kahn nach der Kl.-Wesenberg-Brücke gerudert hatte.

Vermischtes.

Mehr Berücksichtigung der Wohnungs- und Siedlungsreform! Die Revolution hat mit einem gewaltigen Ruck die Reform unserer sozialen Verhältnisse ganz in den Vordergrund des Interesses gerückt und Sozialisierung der Betriebe, Reform der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse und dergleichen mehr sind das Feld der Tagesrede.

Anfiedlungen nötig macht und hierbei natürlich auf Schaffung besserer Verhältnisse hingearbeitet werden wird. Sie hat aber weiter auch den Vorzug, das Nationaleinkommen in gewisser Richtung beträchtlich zu mehren, denn moderne, nach Reformgedankenspunkten vorgenommene Siedlung heißt Siedlung mit Nutzgarten und Bodenkultur, und erschließt dadurch dem Einzelnen wie der Gesamtheit erhebliche neue Hilfsquellen.

Berichte aus Fachkreisen.

Greiz. Am Donnerstag, den 19. Dezember, nachmittags 5 Uhr, fand im Restaurant „Scharfe Ede“ eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche zahlreich besucht war.

In der Winternacht.

Es wächst viel Brot in der Winternacht, weil unter dem Schnee frisch grünet die Saat; erst wenn im Lenze die Sonne lacht, spürt du, was gutes der Winter tat.

Friedrich Wilhelm Weber.

Literatur.

Der Totentanz vor Opfern nebst einem Anhang kleinerer Kriegsgedichte von Hermann Junge. 52 Seiten. Preis broschiert 1 Mk. Dieser Gedichtband ist kriegsgeprägter Lyrik.

Jean Jaures, Sozialist und Staatsmann von M. Beer. (Bd. 9 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek.) Preis kart. 250 Mk., geb. 4 Mk. Berlin SW. 68, 1918.

Ueber die Diktatur des Proletariats wird in diesen Zeiten viel gesprochen und geschrieben. Da dürfte es von Interesse sein, daß soeben eine Broschüre von Lenin, dem Präsidenten der russischen Sowjetrepublik, erschienen ist, welche aus der Feder dieses ersten Führers der Bolschewisten eine ausführliche theoretische Begründung der proletarischen Diktatur liefert.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 5. Januar, ist der 1. Wochenbeitrag fällig. Adressenänderungen. Gau 12. Sagan. K.: Josef Krieger. Bureau: Fischenborfer Straße 25. Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Glauchau. Mag. Bidert, 61 J., Lungenbluten. (25 Jahre Mitgl.)